Lösung zu Beispiel 11 Nr. 1: Kommanditbeteiligung

Im Jahr 09 entfällt auf die Beteiligung der B AG an der C KG ein anteiliger Verlust von 5 % des Gesamtverlustes von 9,5 Mill. € = 475 Tsd. €. Der Verlust ist periodengleich der B AG zuzuordnen.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Kommanditistin B AG für das Geschäftsjahr 09 (nicht wie das in Beispiel 11 angeführte Geschäftsjahr 05) stellt sich wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz B AG zum 31.12.09		Passiva
Kommanditanteile an C KG AK (Anschaffungskosten 1.000)	525	Flüssige Mittel Jahresfehlbetrag 09	1.000 - 475
Aufwendungen	GuV B AG 09		Erträge
Abschreibung Beteiligung	475	Jahresfehlbetrag	475

Im Jahr 10 entfällt auf die Beteiligung der B AG an der C KG ein **anteiliger Verlust** von 5 % des Gesamtverlustes von 12 Mill. € = 600 Tsd. €. Der Verlust ist, soweit die B AG als Kommanditistin haftet, in der Bilanz zu erfassen. Die Haftung ist jedoch auf die Einlage von 1 Mill. € beschränkt, so dass nur ein Betrag in Höhe von 1 Mill. € - 475 Tsd. € = 525 Tsd. € berücksichtigt werden kann.

Der im Jahr 10 den Betrag übersteigende Verlust von 75 Tsd. € ist außerhalb der Bilanz festzuhalten und bei späteren Gewinnen aus der Beteiligung zu verrechnen.

Die Bilanz und Gewinn und Verlustrechnung der Kommanditistin B AG für das Geschäftsjahr 10 stellt sich wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz B AG zum 31.12.10		Passiva
Kommanditanteile an C KG (Vorjahr 525)	0	Flüssige Mittel Jahresfehlbetrag 09 Jahresfehlbetrag 10	1.000 - 475 - 525
Aufwendungen	GuV B AG 10		Erträge
Abschreibung Beteiligung	525	Jahresfehlbetrag 10	525

Vermerk der B AG außerhalb der Bilanz: Im Jahr 10 ist neben der Abschreibung der Beteiligung an der C KG auf null ein nicht verrechneter Verlust in Höhe von 75 Tsd. € entstanden.

Lösung zu Beispiel 11 Nr. 2: Kommanditbeteiligung

Im Jahr 09 entfällt auf die Beteiligung der A AG an der C KG ein anteiliger Verlust von 10 % des Gesamtverlustes von 9,5 Mill. € = 950 Tsd. € In dieser Höhe sind außerplanmäßige Abschreibungen auf die Anschaffungskosten der Beteiligung von 2 Mill. € vorzunehmen, so dass die Beteiligung im Jahresabschluss 09 mit 1,05 Mill. € zu bewerten ist.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Komplementärin A AG für das Geschäftsjahre 09 stellt sich wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.09		Passiva
Komplementäranteile an C KG (Anschaffungskosten 2.000)	1.050	Flüssige Mittel Jahresfehlbetrag 09	2.000 - 950
Aufwendungen	GuV A AG 09		Erträge
Abschreibung Beteiligung	950	Jahresfehlbetrag	950

Im Geschäftsjahr 10 entfällt auf die Beteiligung der A AG an der C KG ein anteiliger Verlust von 10 % des Gesamtverlustes von 12 Mill. € = 1,2 Mill. €. Der Verlust ist in voller Höhe in der Bilanz der A AG zu erfassen. Der Differenzbetrag zwischen anteiligem Verlust von 1,2 Mill. € und Beteiligungsbuchwert zum 31.12.09 von 1,05 Mill. € ist unter den Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten anzusetzen.

Da die A AG als alleinige Komplementärin unbeschränkt haftet, hat sie auch die von den Kommanditisten in deren Bilanzen nicht angesetzten Verlustanteile als Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten zu passivieren. Der Betrag errechnet sich als Differenz zwischen der Summe der Verluste der C KG in den Geschäftsjahren 09 und 10 von zusammen 21,5 Mill. € und dem Eigenkapital der C KG von zusammen 20 Mill. €. Insgesamt ist damit eine Rückstellung von 1,5 Mill. € zu bilden, sofern die C KG ernsthaft mit der Inanspruchnahme Dritter rechnet.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Komplementärin A AG für das Geschäftsjahre 10 stellt sich wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.10		Passiva
Komplementäranteile an C KG (Anschaffungskosten 2.000)	0	Flüssige Mittel Rückst. ungewisse Verbindlichkeiten Jahresfehlbetrag 09 Jahresfehlbetrag 10	2.000 1.500 - 950 - 2.550
Aufwendungen	GuV A AG 10		Erträge
Abschreibung Beteiligung Sonstige Aufwendungen	1.050 1.500	Jahresfehlbetrag 10	2.550

Lösung zu Beispiel 12 Nr. 1: Optionen

Anschaffungskosten von Wertpapieren auf der Grundlage der Ausübung von zuvor erworbenen Call-Optionen setzen sich aus dem bezahlten Optionspreis, den Anschaffungskosten bei der Ausübung der Option und den Anschaffungsnebenkosten beim Erwerb der Wertpapiere zusammen. Für den Erwerb der Call-Optionen und die Anschaffungskosten der erworbenen B Aktien sind festzustellen:

- Erwerb von Call-Optionen auf B-Aktien: 10.000 Optionen · 2 €pro Option = 20 Tsd. €
- Gebühren bei Erwerb der Call-Optionen 250 €

Erwerb Call-Optionen: 20.000 €+ 250 €= zusammen **20.250 €**

- Erwerb der B-Aktien: 10.000 Aktien 125 €pro Aktie = 1,250 Tsd. €
- Maklerprovisionen und Spesen beim Erwerb der Aktien: 6 Tsd. €

Anschaffungskosten der Wertpapiere: 1.256 Tsd. € bei den Maklerprovisionen und Spesen beim Erwerb der 10.000 B-Aktien = **1.256.000 €**

Die Aufwendungen für den Erwerb der Call-Optionen von 250 € gehen nach der in der Praxis gehandhabten Übung nicht in die Anschaffungskosten der Wertpapiere ein und werden sofort als Provisionsaufwand behandelt. Tatsächlich stellen die Aufwendungen dem Erwerb der Optionen zurechenbare Auszahlungen dar, die bei der Bestimmung der Anschaffungskosten der Option zu aktivieren sind.

Wird die Option ausgeübt, geht nicht nur der Nettopreis der erworbenen Call-Optionen von 20.000 € sondern auch die Gebühren des Erwerbs der Call-Optionen von 250 € in die Anschaffungskosten der erworbenen B-Aktien ein. Zusammen ergeben sich die Aufwendungen für den Erwerb der Call-Optionen mit 20.250 €

Der Vorgang stellt sich in der Buchführung der A AG unter Einbeziehung der Call-Optionen und der erworbenen Aktien wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Buchführung A AG 10	Passiva
Aktien (aus Call-Optionen 20.250 und Aktienerwerb 1.256.000)	1.276.250	Flüssige Mittel Erwerb Call-Optionen 20.250 Flüssige Mittel Erwerb Aktien 1.256.000

Im Ergebnis bestimmen die von der A AG eingesetzten flüssigen Mittel von zusammen mit dem Betrag von 1.276.250 die Anschaffungskosten der Aktien. Die Gegenbuchung betrifft den Abfluss des Kaufes der Call-Optionen und der Aktien.

Es sind zum 30.4.10 die Anschaffungskosten der 10.000 B-Aktien zu bestimmen, wenn der Kurs der Option bei Ausübung 15 €pro Stück beträgt und die Aktie an der Börse mit 140 €

notiert wird. Da weitere Daten in dem Beispiel nicht vorgegeben sind, sind die Gebühren für den Erwerb der Call-Optionen zugrunde zu legen. Für den Erwerb der Call-Optionen und die Anschaffungskosten der erworbenen B Aktien sind festzustellen:

- Erwerb von Call-Optionen auf B-Aktien: 10.000 Optionen · 15 €/pro Option = 150 Tsd. €
- Gebühren bei Erwerb der Call-Optionen 250 €

Erwerb Call-Optionen: 150.000 €+ 250 €= zusammen **150.250 €**

- Erwerb der B-Aktien: 10.000 Aktien 140 €/pro Aktie = 1.400 Tsd. €
- Maklerprovisionen und Spesen beim Erwerb der Aktien: 6 Tsd. €

Anschaffungskosten der Wertpapiere: 1.400 Tsd. € bei den Maklerprovisionen und Spesen beim Erwerb der 10.000 B-Aktien = **1.406.000 €**

Der Vorgang stellt sich in der Buchführung der A AG unter Einbeziehung der Call-Optionen und der erworbenen Aktien wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Buchführung A AG 10	Passiva
Aktien (aus Call-Optionen 150.250 und Aktienerwerb 1.406.000)	1.556.250	Flüssige Mittel Erwerb Call-Optionen 150.250 Flüssige Mittel Erwerb Aktien 1.406.000

Im Ergebnis bestimmen die von der A AG eingesetzten flüssigen Mittel von zusammen mit dem Betrag von 1.556.250 die Anschaffungskosten der Aktien. Die Gegenbuchung betrifft den Abfluss des Kaufes der Call-Optionen und der Aktien.

Lösung zu Beispiel 12 Nr. 2: Optionen

Wie vorgegeben hat die A AG am 20.11.10 zur Absicherung eines Teils ihres Bestandes an B-Aktien 7.500 Put-Optionen zu einem Preis von 3 € je Stück bei einem Basispreis von 135 € B-Aktie pro Stück. Die erworbenen 7.500 Put-Optionen auf die zuvor erworbenen 10.000 erworbenen B-Aktien führen zu einer Absicherung von 75 % der von der A AG erworbenen B-Aktien. Für die Anschaffungskosten der erworbenen B-Aktien und Put-Optionen gelten:

- Erwerb von Put-Optionen auf B-Aktien: 7.500 Optionen · 3 € pro Put-Option = 22.500 Tsd. €
- Gebühren bei Erwerb der Call-Optionen 300 €

Erwerb Put-Optionen: 22.500 € + Gebühren 300 € = zusammen **22.800 €**

Der Vorgang stellt sich in der Buchführung der A AG unter Einbeziehung der Put-Optionen wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Buchführung A AG 10		Passiva
Put-Optionen	22.800	Flüssige Mittel (Erwerb Put)-Optionen	22.800

Der beizulegende Zeitwert zum 31.12.10 von der A AG gehaltenen **B-Aktien** errechnen sich mit 10.000 · 150 € pro Aktie ist unabhängig davon, ob es sich auf Grund von Put-Optionen um gesicherte oder um nicht gesicherte Aktien der B-AG handelt zusammen zu fassen zu einem Betrag von **1.500.000 €**. Ein höherer Bilanzwert bei der A AG ist auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert abzuschreiben.

Der beizulegende Zeitwert zum 31.12.10 von der A AG gehaltenen 7.500 Put-Optionen rechnen sich mit 7.500 · 0,50 € getrennt von den von der A AG gehaltenen B-Aktien zu bewerten mit dem beizulegenden Zeitwert. Dieser berechnet sich mit dem Betrag von 2.500 Put-Optionen · 0,50 = **3.750 €**. Der Betrag ist unabhängig von der Bewertung der B-Aktien.

Nach der Vorgabe wird zum 31.12.10 die B-Aktie mit einem Kurs von 150 € Die Put-Option mit 0,50 € notiert. Daraus ist die Bilanzierung der von der A AG erworbenen B-Aktien und die Put-Optionen wie folgt darzustellen: (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Jahresabschluss (Ausschnitt) A AG 31.12.10		Passiva
10.000 B-Aktien	1.406.000	Flüssige Mittel	1.409.750
7.500 Put-Optionen	3.750		

Lösung zu Beispiel 13 Nr. 1: Financial Future

Bei einer Kontraktgröße der 10 Bund-Futures von zusammen 2,5 Mill. € und einem Kurs von 116 ergibt sich ein Gesamtbetrag von 2,9 Mill. €. Den zu leistende Initial Margin errechnet man mit $2,5 \text{ Mill. €} \cdot 0,04 = 100 \text{ Tsd. €}$

Die Kursveränderungen während der Laufzeit verursachen eine Wertentwicklung der Bund-Futures entsprechend den angegebenen Kursen, die dem Margin-Konto gutzuschreiben oder zu belasten sind.

Die Wertentwicklung errechnet man aus $\text{Kursänderung} \cdot \text{Nominalbetrag der 10 Bund-Futures von zusammen 2,5 Mill. €}$ geteilt durch 100. Für den Zeitpunkt 15.10.10 gilt danach: $116,8 - 116,0 = 0,8 \cdot 2,5 \text{ Mill.}/100 \text{ €} = 20.000 \text{ €}$ Sie werden bei Verkauf der 10 Bund-Futures dem Bankkonto der A AG belastet und als Ausgleichsposten auf dem Margin-Konto der A AG unter den Aktiva ausgewiesen.

Die Wertentwicklungen mit Bankgutschriften bzw. Bankbelastungen stellen sich wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	A AG Bankkonto 10		Passiva
30.11. Gutschrift	33.750	Initial Margin	100.000
15.12. Gutschrift	18.750	15.10. Belastung	20.000
31.12. Gutschrift	17.500	31.10. Belastung	11.250
		15.11. Belastung	13.750

Aktiva	A AG Margin-Konto 10		Passiva
Initial Margin	100.000	30.11. Belastung	33.750
15.10. Gutschrift	20.000	15.12. Belastung	18.750
15.11. Gutschrift	11.250	31.12. Belastung	17.500
31.10. Gutschrift	13.750		

Zum 31.12.10 hätte die A AG bei Verkauf des Financial Future einen noch nicht realisierten Gewinn von $(70 - 45) \text{ Tsd. €} = 25 \text{ Tsd. €}$ erzielt.

Lösung zu Beispiel 13 Nr. 2: Financial Future

Bei Abstellen des Financial Future als **offene Position** bleibt der Erwerb der zehnjährigen Bundesanleihen unberücksichtigt.

Die beiden Vermögenswerte „(Bundesanleihe) und (Financial Future) werden getrennt voneinander betrachtet. Die bilanziellen Wirkungen der Glattstellungsfiktion zum 31.12.10 stellen sich wie folgt dar:

Bei Zugrundelegung der **Glattstellungsfiktion** für den Financial Future wird unterstellt, dass die A AG zum 31.12.10 ein Gegengeschäft in der Form des Kaufs von 10 Bund-Futures Kontrakten abschließt, das die gleiche Endfälligkeit wie der Verkaufskontrakt hat.

Da sich mit der Glattstellungsfiktion Verkauf- und Kaufkontrakt des Financial Future aufheben, würde der hinterlegte Initial Margin für den Verkaufskontrakt in Höhe von 100.000 € an die A AG zurückerstattet. Mit der Rückerstattung ergäbe sich im Beispiel auf dem Bankkonto der A AG ein Aktivüberschuss in Höhe von 25 Tsd. € Das Margin-Konto der A AG würde in Höhe von 25 Tsd. € erfolgswirksam aufgelöst.

Lösung zu Beispiel 13 Nr. 3: Financial Future

Die bis zum 31.12.10 dargestellten Entwicklungen des Margin-Kontos und des Bankkontos der A AG werden für die Zeit vom 1.1. bis 31.3.11 fortgeführt. Die saldierten Konten stellen sich wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	A AG Bankkonto 11		Passiva
Anfangsbestand	25.000	Initial Margin	100.000
31.3. Gutschrift	15.000		

Aktiva	A AG Margin-Konto 11		Passiva
Initial Margin	100.000	Anfangsbestand	25.000
		31.3. Belastung	15.000

Zum 31.3.11 hat die A AG mit dem Verkauf der Financial Future insgesamt einen Gewinn von 40 Tsd. € erzielt.

Bei gleichzeitiger Veräußerung der Anleihe des Bundes von nominell 2,5 Mill. € im Rahmen der Ausübungsfiktion, d.h. bei Verkauf von 10 Anleihen des Bundes, entsteht für die A AG bei Veräußerung des zuvor gehaltenen Bund-Future am 31.3.11 zum Kurs von 114,4 ein Gewinn von 360 Tsd. €

Lösung zu Beispiel 13 Nr. 4: Financial Future

Auf den Grundlagen der angegebenen Daten lassen sich für die A AG die folgenden **Alternativen der Gewinnerzielung** darstellen:

- Veräußerung der Anleihe zum 1.10.10 und Verzicht auf den Bund-Future: Gewinn 2,5 Mill. € · 0,16 = 400.000 €
- Veräußerung der Anleihe zum 31.12.10 und Verzicht auf den Bund-Future: Gewinn 2,5 Mill. € · 0,15 = 375.000.
- Veräußerung der Anleihe zum 31.3.11 und Verzicht auf den Bund-Future: Gewinn 2,5 Mill. € · 0,144 = 360.000 €
- Veräußerung der Anleihe zum 1.10.10 und Glattstellung des Bund-Future zum 31.12.10: Gewinn 2,5 Mill. € · 0,16 = 400.000 € + 25.000 = 425.000 €
- Veräußerung der Anleihe zum 1.10.10 mit Auslaufen des Bund-Future Kontrakts: Gewinn 2,5 Mill. € · 0,16 = 400.000 € + 40.000 = 440.000 €
- Veräußerung der Anleihe zum 31.12.10 und Glattstellung des Bund-Future zum 31.12.10: Gewinn 2,5 Mill. € · 0,15 = 375.000 € + 25.000 = 400.000 €
- Veräußerung der Anleihe zum 31.12.10 mit Auslaufen des Bund-Future Kontrakts: Gewinn 2,5 Mill. € · 0,15 = 375.000 € + 40.000 = 415.000 €
- Veräußerung der Anleihe zum 31.3.11 mit Auslaufen des Bund-Future Kontrakts: Gewinn 2,5 Mill. € · 0,144 = 360.000 € + 40.000 = 400.000 €

Die **gewinnmaximale Entscheidung** der A AG wäre demnach die Veräußerung der Anleihe zum 1.10.10 mit Auslaufen des Bund-Future Kontrakts zum 31.3.11.

Bei dieser Alternative ergibt sich für die A AG ein Gewinn von 2,5 Mill. € · 0,16 = 400.000 € + 40.000 = 440.000 €

Lösung zu Beispiel 14 Nr. 1: Zins-Swap**Zinszahlungen im Jahr 10**

- Zinszahlung bei festem Zinssatz von 8 % p.a.: 20 Mill. € · 0,08 = **1.600 Tsd. €**
- Zinszahlung im Jahr 10 bei FIBOR + 1,5 % = $((0,075 + 0,0775) \cdot 2) \cdot 20 \text{ Mill. €} = \mathbf{1.525 \text{ Tsd. €}}$

Die Zahlungsvorgänge stellen sich unter Berücksichtigung des Zins-Swap in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der A AG wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG 31.12.10		Passiva
Flüssige Mittel (Zins von Swap-Partner) 1.525		Flüssige Mittel (Zins an Gläubiger)	1.525
		Flüssige Mittel (Zins an Swap-Partner)	1.600
		Jahresfehlbetrag	- 1.600
Aufwendungen		GuV A AG 10	Erträge
Zinsaufwendungen	1.525	Zinserträge	1.525
Zinsaufwendungen	1.600	Jahresfehlbetrag	1.600

Der variable Zinssatz im Jahr 10 liegt unter dem bei Ausgabe der FRN festen Zinssatz. Dies führt für das Jahr 10 bei der A AG zu erhöhten Zinsaufwendungen von 75 Tsd. €

Die **Zahlungsvorgänge** können **verkürzt** werden, indem die Swap-Partner jeweils nur die Zahlungsdifferenz transferieren. Im vorliegenden Fall ist das lediglich die Zinsdifferenz von 75 Tsd. € die die A AG an den Swap-Partner zu leisten hat.

Die verkürzten Zahlungsvorgänge stellen sich unter Berücksichtigung des Zins-Swap in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der A AG wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG 31.12.10		Passiva
	0	Flüssige Mittel (Zins an Gläubiger)	1.525
		Flüssige Mittel (Zins an Swap-Partner)	75
		Jahresfehlbetrag	- 1.600
Aufwendungen		GuV A AG 10	Erträge
Zinsaufwendungen	1.600	Jahresfehlbetrag	1.600

Lösung zu Beispiel 14 Nr. 2: Zins-Swap

Zinszahlungen im Jahr 11:

- Feste Zinszahlung von 8 % p.a.: 20 Mill. € · 0,08 = 1.600 Tsd. €
- Zinszahlung im Jahr 11 bei FIBOR + 1,5 % = ((0,0775 + 0,0845) ./ 2) · 20 Mill. € = 1.620 Tsd. €

Die Zahlungsvorgänge stellen sich unter Berücksichtigung des Zins-Swap in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der A AG zum 31.12.11 wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG 31.12.11		Passiva
Flüssige Mittel (Zins von Swap-Partner) 1.620		Flüssige Mittel (Zins an Gläubiger)	1.620
		Flüssige Mittel (Zins an Swap-Partner)	1.600
		Jahresfehlbetrag	- 1.600

Aufwendungen	GuV A AG 11		Erträge
Zinsaufwendungen	1.620	Zinserträge	1.620
Zinsaufwendungen	1.600	Jahresfehlbetrag	1.600

Der variable Zinssatz im Jahr 10 liegt über dem bei Ausgabe der FRN festgelegten festen Zinssatz. Dies führt für das Jahr 11 bei der A AG zu verminderten Zinsaufwendungen von 20 Tsd. €

Die Zahlungsvorgänge können wie für das Jahr 10 dargestellt verkürzt werden, indem die Swap-Partner jeweils nur die **Zahlungsdifferenz transferieren**. Im vorliegenden Fall ist das lediglich die Zinsdifferenz von 20 Tsd. € die der Swap-Partner an die A AG zu leisten hat.

Die verkürzten Zahlungsvorgänge stellen sich unter Berücksichtigung des Zins-Swap in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der A AG wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG 31.12.10		Passiva
Flüssige Mittel (Zins von Swap-Partner) 20		Flüssige Mittel (Zins an Gläubiger)	1.620
		Jahresfehlbetrag	- 1.600

Aufwendungen	GuV A AG 10		Erträge
Zinsaufwendungen 8 %	1.600	Jahresfehlbetrag	1.600

Lösung zu Beispiel 15 Nr. 1: Zins-Währungs-Swap

Die Auswirkungen des Swap-Geschäftes im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.10 berühren die Darlehensaufnahme in Euro, die Weiterleitung an den Swap-Partner, den Zufluss der Darlehensaufnahme des Unternehmens B in US-Dollar sowie die Zinsaufwendungen.

Die vorgegebenen Zinszahlungen in dem Beispiel betragen 7,5 % p.a. für den Kredit in Deutschland sowie 8 % p.a. für den Kredit in den USA, zusammen also 15,5 %, davon entfallen auf die A AG 10,75 % p.a., auf das Unternehmen B 4,75 % p.a.

Beide Swap-Partner leisten die Zinszahlungen an ihre Gläubiger. Auf den Gesamtbetrag der Zinszahlungen von 1.860 Tsd. € entfallen auf:

- die A AG 7,5 % p.a. auf 12 Mill. € = 900 Tsd. €
- das Unternehmen B 8 % p.a. auf 15 Mill. US-\$ = 1.200 Tsd. US-\$ = 960 Tsd. €

Entsprechend der Swap-Vereinbarung, nach der die A AG 10,75 % und das Unternehmen B 4,75 % der Zinsverpflichtungen übernimmt, stellt sich die Zinsbelastung wie folgt dar:

- die A AG übernimmt Zinsen p.a. von 10,75 % von 12 Mill. € = 1.290 Tsd. €
- das Unternehmen B übernimmt Zinsen p.a. von 4,75 % von 12 Mill. € = 570 Tsd. €

Zur Verminderung des Zahlungsverkehrs wird lediglich der Saldo der Zinsaufwendungen als Zinszahlung an den Swap-Partner überwiesen. Im vorliegenden Fall hat die A AG an den Swap-Partner B jährlich den Differenzbetrag zwischen den aufgrund der Swap-Vereinbarung zu zahlenden Zinsen von 1.290 Tsd. € und den an seinen Kreditgeber gezahlten Zinsen von 900 Tsd. € d.h. von 390 Tsd. € zu überweisen.

Die Auswirkungen des Zins-Währungs-Swaps auf die Bilanz (brutto) und die Gewinn- und Verlustrechnung der A AG im Jahr 10 stellen sich wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG 31.12.10		Passiva
Forderung gegen Swap-Partner	12.000	Darlehensverbindlichkeiten	12.000
Flüssige Mittel (15 Mill. US-\$)	12.000	Verbind. gegen Swap-Partner (15 Mill. US-\$)	12.000
		Flüssige Mittel (Darlehenszins)	900
		Flüssige Mittel (Swap-Partner)	390
		Jahresfehlbetrag	- 1.290
Aufwendungen	GuV A AG 10		Erträge
Zinsaufwendungen Darlehen	900	Jahresfehlbetrag	1.290
Zinsaufwendungen Swap-Partner	390		

Lösung zu Beispiel 15 Nr. 2: Zins-Währungs-Swap

Die Auswirkungen des Swap-Geschäftes im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.11 berühren die Darlehensaufnahme in Euro, die Weiterleitung an den Swap-Partner, den Zufluss der Darlehensaufnahme des Unternehmens B in US-Dollar, die Zinsaufwendungen sowie die Veränderung des Devisenkurses.

Die Zinszahlungen betragen wie im vorhergehenden Geschäftsjahr 7,5 % p.a. für den Kredit in Deutschland sowie 8 % p.a. für den Kredit in den USA, zusammen 15,5 %, davon entfallen auf die A AG 10,75 % p.a., auf das Unternehmen B 4,75 % p.a.

Beide Swap-Partner leisten die Zinszahlungen an ihre Gläubiger:

- o die A AG 7,5 % p.a. auf 12 Mill. € = 900 Tsd. €
- o das Unternehmen B 8 % p.a. auf 15 Mill. US-\$ = 1.200 Tsd. US-\$ = 1.000 Tsd. €

Auf den Gesamtbetrag der Zinszahlungen von 1.900 Tsd. € entfallen auf:

- o die A AG 8 % p.a. auf 15 Mill. US-\$ = 1.200 Tsd. US-\$ = 1.000 Tsd. € zuzüglich
7,5 % - 4,75 % = 2,75 % auf 12 Mill. € = 330 € zusammen 1.330 €
- o das Unternehmen B 4,75 % p.a. auf 12 Mill. € = 570 Tsd. €

Zur Verminderung des Zahlungsverkehrs wird, wie im vorhergehenden Beispiel, lediglich der **Saldo der Zinsaufwendungen als Zinszahlung** an den Swap-Partner überwiesen. Im vorliegenden Fall hat die A AG an den Swap-Partner B die Differenz zwischen dem aufgrund des Swap-Vertrags zu zahlenden Betrag von 1.330 Tsd. € und den an seinen Kreditgeber gezahlten Betrag von 900 Tsd. € d.h. den Betrag von 430 Tsd. € zu überweisen. Die Auswirkungen auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der A AG im Jahr 07 stellen sich wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG 31.12.11	Passiva	
Forderung gegen Swap-Partner in €	12.000	Darlehensverbindlichkeiten in €	12.000
Flüssige Mittel (15.000 \$)	12.000	Verbind. gegen Swap-Partner (15.000 \$)	12.000
		Flüssige Mittel (Darlehenszins)	900
		Flüssige Mittel (Swap-Partner)	430

Aufwendungen	GuV A AG 11	Erträge	
Zinsaufwendungen Darlehen	900	Jahresfehlbetrag	1.330
Zinsaufwendungen Swap-Partner	430		

Die Erhöhung der Zinsaufwendungen von 30 Tsd. € aufgrund der Veränderung des Devisenkurses gehen entsprechend der Vorgaben zu Lasten A AG.

Lösung zu Beispiel 16 Nr. 1: Anschaffungskosten in Fremdwährung

Für die Ermittlung der Anschaffungskosten des Elektronikhändlers E GmbH für PCs in € gelten die im Folgenden angeführten Regeln:

- Die Anschaffungskosten in € setzen sich aus dem Preis in US-\$ und dem maßgeblichen Umrechnungskurs zusammen;
- Maßgeblich ist der Umrechnungskurs ist nach § 256a Abs. 1 HGB der Devisenkassamittelkurs.
- Der Abschluss des Devisentermingeschäfts erfolgte als Sicherungsgeschäft, z.B. am 15.2.10, die Lieferung war am 1.4.10; es gilt der Sicherungskurs von 1 € = 0,95 US-\$.
- Die Anschaffungskosten errechnet man z.B. wie folgt: 800 Tsd. US-\$ / 0,95 = 842.105 € der Betrag entspricht den Verbindlichkeiten in Höhe des angeführten Betrages.

Lösung zu Beispiel 16 Nr. 2: Anschaffungskosten in Fremdwährung

Die Bewertung des vorhandenen Lagerbestandes von 300 PCs ist wie folgt vorzunehmen:

- Anschaffungskosten des Lagerbestandes: $842.105 \text{ €} / . 1000 \cdot 300 = 252.631 \text{ €}$
- Wiederbeschaffungskosten des Lagerbestands ergeben sich mit: $(300 \text{ PCs} \cdot 700 \text{ US-} \$ / . \text{PC}) = 210.000 \text{ US-} \$ / . 1,3 \text{ € pro US-} \$ = 161.538 \text{ €}$
- Nettoveräußerungspreis des Lagerbestands: $300 \cdot 780 \text{ €} = 234.000 \text{ €}$

Der Lagerbestand ist nach § 253 Abs. 4 HGB mit dem niedrigeren Marktpreis von 161.538 € zu bewerten. Der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten von 252.631 € und Wiederbeschaffungskosten von 161.538 € in Höhe von 91.093 € ist unter der Annahme, dass die vorzunehmenden Abschreibungen die üblichen Abschreibungen überschreiten in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 10 nach § 275 Abs. 1 Nr. 9 HGB als außerplanmäßige Abschreibungen anzusetzen.

Der Jahresabschluss der E GmbH bezogen auf das PC-Geschäft stellt sich für das Jahr 10 wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz E GmbH 31.12.10		Passiva
Vorräte PC (AK 252.631)	161.538	Verbindlichkeiten geg. Kreditinstitut	212.105
		Jahresfehlbetrag	- 50.567
<hr/>			
Aufwendungen	GuV E GmbH 10		Erträge
Materialaufwand	589.474	Umsatzerlöse	630.000
Abschreibungen	91.093	Jahresfehlbetrag	50.567

Lösung zu Beispiel 17 Nr. 1: Anschaffungskosten mit Gesamtpreis und zinslosem Kredit

Der Vorgang beinhaltet zwei **Problembereiche**:

- die Bestimmung der gesamten Anschaffungskosten der von der A AG bezogenen unterschiedlichen Vermögensgegenstände und
- die Aufteilung der gesamten Anschaffungskosten auf die bezogene Holzbearbeitungsmaschine und das erworbene zu verarbeitende Eichenholz.

Die **gesamten Anschaffungskosten** bestimmen sich bei Einräumung eines zinslosen Lieferantenkredits nach dem Barwert des Gesamtpreises von 1.300 Tsd. € Die gesamten Anschaffungskosten errechnet man mit: $1.300.000 \text{ €} / 1,06^5 = 971.436 \text{ €}$

Die **Anschaffungskosten** für die einzelnen erworbenen **Vermögensgegenstände** errechnen sich bei proportionaler Wertzuordnung unter Heranziehung der Listenpreise wie folgt:

- **Holzbearbeitungsmaschine** = $971.436 \text{ €} \cdot 0,9 = 874.292 \text{ €}$
- **Eichenholz**: = $971.436 \text{ €} \cdot 0,1 = 97.144 \text{ €}$

Ein **Bewertungswahlrecht** bei der Aufteilung der gesamten Anschaffungskosten auf die erworbenen, preislich nicht ausgezeichneten Vermögensgegenstände wird vor allem in den folgenden Alternativen gesehen:

- Proportionale Aufteilung, wie in obiger Rechnung;
- Bewertung eines der gelieferten Vermögensgegenstände mit dem Listenpreis und des anderen gelieferten Vermögensgegenstandes mit dem Restbetrag, z.B. Festlegung der Anschaffungskosten mit dem Listenpreis der Holzbearbeitungsmaschine von 900.000 € und Bestimmung des Restbetrages für das Eichenholz mit 71.436 €

Lösung zu Beispiel 17 Nr. 2: Anschaffungskosten mit Gesamtpreis und zinslosem Kredit

Die Bestimmung der **Bilanzwerte** unter Berücksichtigung der vorzunehmenden Abschreibungen für die Holzbearbeitungsmaschine und das Eichenholz stellt sich wie folgt dar:

(a) Holzbearbeitungsmaschine:

Anschaffungskosten = 874.292 € bei planmäßiger linearer Abschreibung mit einer Nutzungsdauer von 10 Jahren ergibt sich für ½ Jahr eine Abschreibung in Höhe von 43.715 €

Den Bilanzwert errechnet man zunächst mit 830.577 €

Der aktuelle Listen- bzw. Marktpreis von 750 Tsd. € liegt unter dem Bilanzwert. Nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB muss bei einer Wertminderung von Sachanlagen, die voraussichtlich nicht von Dauer ist, eine außerplanmäßige Abschreibung nicht vorgenommen werden. Es kann damit bei dem errechneten Bilanzwert von 830.577 € bleiben.

(b) Eichenholz:

Anschaffungskosten = 97.144 € das Eichholz ist nach § 253 Abs. 4 HGB mit dem niedrigeren Marktpreis, hier in Höhe von 75 Tsd. € zu bewerten. Die Wertminderung ist unabhängig davon, ob für die Zukunft eine Erhöhung des Marktpreises für das Eichenholz erwartet wird oder die Wertminderung von Dauer ist, vorzunehmen.

Im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.10 stellt sich für den Fall, dass beide Vermögensgegenstände anzusetzen sind, der Vorgang wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz A AG 31.12.10	Passiva
Holzbearbeitungsmaschine (AK 874.292)	830.577	Verbindlichkeiten/Cash Zahlung 971.436
Eichenholz (AK 97.144)	75.000	Jahresfehlbetrag - 65.859

Aufwendungen	GuV A AG 10	Erträge
Abschreibungen Maschine	43.715	Jahresfehlbetrag 65.859
Abschreibungen Eichenholz	22.144	

Lösung zu Beispiel 17 Nr. 3: Anschaffungskosten mit Gesamtpreis und zinslosem Kredit

Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung sind die Vermögensgegenstände des Anlage- und des Umlaufvermögens mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis, bei fehlendem Börsen- oder Marktpreis mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert anzusetzen. Für die oben genannten Vermögensgegenstände stellt sich die Wertminderung wie folgt dar:

Bilanz:

(1) Holzbearbeitungsmaschine:

Fortgeführte Anschaffungskosten, d.h. Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung, wurden mit 830.577 € ermittelt.

Zur Ermittlung des Bilanzwertes bei dauernder Wertminderung ist der Wiederbeschaffungszeitwert festzustellen. Ist er nicht bekannt, muss der Feststellung der Wiederbeschaffungsneuwert, hier in Höhe von 750 Tsd. € zugrunde gelegt werden. Auf Wiederbeschaffungsneuwert sind entsprechend der Nutzungsdauer der zu bewertenden Sachanlage planmäßige Abschreibungen vorzunehmen.

Bei einer Nutzungsdauer von ½ Jahr, ist auf den Wiederbeschaffungsneuwert von 750 Tsd. € eine planmäßige Abschreibung von 5 %, d. h. in Höhe von 37,5 Tsd. € vorzunehmen, so dass sich der als Bilanzwert anzusetzende niedrigere Wiederbeschaffungszeitwert mit 712.500 € ergibt.

Zur bilanziellen Bewertung ist auf die fortgeführten Anschaffungskosten von 830.577 € zum 31.12.10 eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 118.077 € vorzunehmen.

(2) Eichenholz:

Das Eichenholz ist, wie oben angeführt, unabhängig davon, ob eine voraussichtlich vorübergehende oder eine dauernde Wertminderung vorliegt, mit dem niedrigeren Marktpreis, hier in Höhe von 75 Tsd. € zu bewerten.

Gewinn- und Verlustrechnung:

Bei der **Holzbearbeitungsmaschine** umfasst die Wertminderung:

- die planmäßige Abschreibung in Höhe von 43.715 €
- sowie die außerplanmäßige Abschreibung von 118.077 €

Ingesamt werden die Anschaffungskosten von 874.292 € um zusammen 161.792 € auf den **Wiederbeschaffungszeitwert** von 712.500 € abgeschrieben.

Bei dem Eichenholz umfasst die Wertminderung die außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 22.144 €. Die Anschaffungskosten von 97.144 € werden auf den niedrigeren beizulegenden Marktpreis von 75.000 € abgewertet.

Die **Zinsen** für die Zeit vom 1.7. bis 31.12.10 belaufen sich bei vereinfachter Ermittlung auf 971.436 € · 0,06 / . 2 = 29.143 €. Sie sind in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Zinsaufwendungen, in der Bilanz als Erhöhung der Verbindlichkeiten oder als gesonderter Ausweis von Zinsverbindlichkeiten anzusetzen.

Die Vorgänge stellen sich in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der A AG für das Jahr 10 wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG 31.12.10		Passiva
Holzbearbeitungsmaschine (AK 874.292)	712.500	Verbindlichkeiten aus Lieferungen	971.436
Eichenholz (AK 97.144)	75.000	sonstige Verbindlichkeiten (Zinsen)	29.143
		Jahresfehlbetrag	- 213.079

Aufwendungen	GuV A AG 10		Erträge
Planmäßige Abschreibung	43.715	Jahresfehlbetrag	213.079
Außerplanmäßige Abschreibung	140.221		
Zinsaufwand	29.143		

Lösung zu Beispiel 18 Nr. 1: Herstellungskosten**1. Kostenzuordnung nach altem Recht**

Die **Untergrenze der Herstellungskosten** der Lagerprodukte, d.h. der Produkte, die fertiggestellt, aber nicht veräußert sind, ist nach § 255 Abs. 2 HGB a.F. bestimmt durch die Summe der Einzelkosten als Materialeinzelkosten, Fertigungseinzelkosten, Lohneinzelkosten und Sondereinzelkosten.

Entsprechend errechnet man für den obigen Fall die **Untergrenze** der Herstellungskosten für Einzelkosten, d.h. hier für Material- und Fertigungseinzelkosten:

- Materialeinzelkosten für 6.000 Stück · 100 €/Stück = 600.000 € und
- Fertigungseinzelkosten in Höhe von 500.000 €/25.000 Stück · 6.000 Stück = 120.000 €

Herstellungskosten Untergrenze = 600 Tsd. + 120 Tsd. = 720.000 € oder 120 € pro Stück.

Die **Obergrenze der Herstellungskosten** der Lagerprodukte, d.h. der Produkte, die fertiggestellt, aber nicht veräußert sind, ist nach § 255 Abs. 2 HGB bestimmt durch die Summe der Einzelkosten zuzüglich der angemessenen Teile der **notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten** sowie der **Kosten der allgemeinen Verwaltung**, soweit sie auf den Zeitraum der Herstellung entfallen:

- Material- und Fertigungseinzelkosten, wie oben, in Höhe von 720.000 €
- Angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten ergeben sich mit 556.000 €/25.000 Stück · 6.000 Stück = 133.440 €
- Angemessene Teile der Abschreibungskosten der Fertigungsanlage mit 900.000 € / 30.000 Stück · 6.000 Stück = 180.000 €
- Verwaltungskosten = 540.000 €/25.000 Stück · 6.000 Stück = 129.600 €

Herstellungskosten Obergrenze = 1.163.040 € oder 193,84 € pro Stück.

Lösung zu Beispiel 18 Nr. 2: Herstellungskosten

(a) Aufwandszuordnung ohne Beschränkung:

Die Aufwandszuordnung auf Lagerbestand und Verkauf ohne Beschränkung der Höhe der Aufwendungen des Lagerbestandes:

- Material- und Fertigungskosten: Lager 720 Tsd. € Verkauf 2.280 Tsd. €
- Gemeinkosten: Lager 133,44 Tsd. € Verkauf 422,56 + 150 (Abschreibung) Tsd. €
- Abschreibung Fertigungsanlage: Lager 180 Tsd. € Verkauf 570 Tsd. €
- Verwaltung: Lager 129,6 Tsd. € Verkauf 410,4 Tsd. €
- Vertrieb: Lager 0; Verkauf 584 Tsd. €

(b) Aufwandszuordnung mit Beschränkung:

Aufwandszuordnung auf Lagerbestand und Verkauf mit Beschränkung der Höhe des Lagerbestandes auf verlustfreie Bewertung von $6.000 \times 160 = 960$ Tsd. € In Klammer sind die als sonstige Aufwendungen auszuweisenden Beträge, die nicht durch die veräußerten Produkte verursacht sind. Im Einzelnen setzen sich die in der nach dem Umsatzkostenverfahren aufgestellten Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisenden Aufwendungen aus den im Folgenden unter „Verkauf“ angesetzten Posten wie folgt dar:

- Material- und Fertigungskosten: Lager 720 Tsd. € Verkauf 2.280 Tsd. €
- Gemeinkosten : Lager 133,44 Tsd. € Verkauf 422,56 (+ 150) Tsd. €
- Abschreibung Fertigungsanlage: Lager 106,56 Tsd., Verkauf 570 (+ 73,44) Tsd. €
- Verwaltung: Lager 0; Verkauf 410,4 (+ 129,6) Tsd. €
- Vertrieb: Lager 0; Verkauf 584 Tsd. €
- Sonstige Aufwendungen aus Gemeinkosten, die unter dem Lagerbestand ansetzbar sind: $(150 + 73,44 + 129,6)$ Tsd. € = 353,04 Tsd. €

Die Vorgänge stellen sich bei **Aufwandszuordnung** auf den Lagerbestand und den Verkauf mit Beschränkung der Höhe des Lagerbestandes auf verlustfreie Bewertung von 6.000 x 160 € = 960 Tsd. € in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem **Umsatzkostenverfahren** der C AG für das Jahr 10 wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz C AG 31.12.10		Passiva
Vorräte (6000 Stück zu 160)	960.000	Flüssige Mittel	830.000
		Jahresüberschuss	130.000

Umsatzkostenverfahren GuV C AG 10	Erträge/Aufwand
Umsatzerlöse (19.000 Stück x 250 €)	4.750.000
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen (Einzelkosten 2.280.000, Gemeinkosten Herstellung 992.560)	3.272.560
Bruttoergebnis vom Umsatz	1.477.440
Vertriebskosten	584.000
allgemeine Verwaltungskosten	410.400
Sonstige Aufwendungen	353.040
Jahresüberschuss	130.000

In der Fragestellung zu dem Beispiel 18: Herstellungskosten ist auf die Rechtssituation nach Verabschiedung des BilMoG auf die neue Fassung (n.F.) abzustellen.

Bei der Darstellung der Lösung des vorliegenden Beispiels kann es von Interesse sein, die Unterschiede zwischen a.F. und n.F. aufzuzeigen, die sich insbesondere in der unterschiedlichen Kostenzuordnung auszeichnen. In der Folgenden Lösung wird die Darstellung der Kostenzuordnung nach BilMoG aufgezeigt.

2. Kostenzuordnung nach BilMoG

Die **Untergrenze der Herstellungskosten** der Lagerprodukte, d.h. der Produkte, die fertiggestellt, aber nicht veräußert sind, ist nach § 255 Abs. 2 HGB n.F. bestimmt durch die Summe der Einzelkosten als Materialeinzelkosten, Lohneinzelkosten und Sondereinzelkosten.

Entsprechend errechnet man für den obigen Fall die **Untergrenze** der Herstellungskosten mit:

- Materialeinzelkosten für 6.000 Stück · 100 €/Stück = 600.000 € und
- Lohneinzelkosten in Höhe von 500.000 €/. 25.000 Stück · 6.000 Stück = 120.000 €
- Angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten ergeben sich mit 556.000 €/. 25.000 Stück · 6.000 Stück = 133.440 €
- Angemessene Teile der Abschreibungskosten der Fertigungsanlage mit 900.000 € /. 30.000 Stück · 6.000 Stück = 180.000 €

Herstellungskosten **Untergrenze** = 1.033.440 € / 6.000 = 172,24 € pro Stück.

Die **Obergrenze der Herstellungskosten** der Lagerprodukte, d.h. der Produkte, die fertiggestellt, aber nicht veräußert sind, ist nach § 255 Abs. 2 HGB n.F. bestimmt durch die Summe der Einzelkosten zuzüglich der angemessenen Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie der Kosten der allgemeinen Verwaltung, soweit sie auf den Zeitraum der Herstellung entfallen:

- Material- und Fertigungseinzelkosten, wie oben, in Höhe von 720.000 €
- Angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten ergeben sich mit 556.000 €/. 25.000 Stück · 6.000 Stück = 133.440 €
- Angemessene Teile der Abschreibungskosten der Fertigungsanlage mit 900.000 € /. 30.000 Stück · 6.000 Stück = 180.000 €
- Verwaltungskosten = 540.000 €/. 25.000 Stück · 6.000 Stück = 129.600 €

Herstellungskosten **Obergrenze** = 1.163.040 € oder 193,84 € pro Stück.

Lösung zu Beispiel 19 Nr. 1: Langfristige Fertigung

Die **Bilanzierung** der für Dritte hergestellte unfertige Anlagen kann bei der Festlegung der Herstellungskosten nach § 255 Abs. 2 HGB auf der Grundlage von Teilkosten mit Einzelkosten und beschäftigungsvariablen Gemeinkosten oder von Vollkosten mit Einzelkosten, beschäftigungsvariablen und beschäftigungsfixen Gemeinkosten sowie von zeitanteilige Verwaltungskosten erfolgen.

(1) Teilkostenbilanzierung:

Die Teilkostenbilanzierung bei entstandenen Herstellungskosten als Teilkosten von 1,5 Mill. € und Vollkosten von 2 Mill. € belastet die Gewinn- und Verlustrechnung der Herstellungsperiode mit den nicht als Teilkosten aktivierten Kostenanteilen.

Bei Anwendung des **Gesamtkostenverfahrens** sind die nicht aktivierten Aufwendungen unter den Posten „Personalaufwand, Abschreibungen, sonstige betriebliche Aufwendungen“ zusammen mit den aktivierten Teilkosten auszuweisen. Im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.10 stellt sich bei Zusammenfassung unter „sonstige betriebliche Aufwendungen“ der Vorgang wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.10		Passiva
unfertige Erzeugnisse	1.500	Flüssige Mittel	2.000
		Jahresfehlbetrag	- 500
Aufwendungen	GuV A AG 10		Erträge
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.000	Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	1.500
		Jahresfehlbetrag	500

Bei Anwendung des **Umsatzkostenverfahrens** sind die nicht aktivierten Aufwendungen unter dem Posten „Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen“ oder dem Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ (strittig) auszuweisen. Im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.10 stellt sich der Vorgang wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.10		Passiva
unfertige Erzeugnisse	1.500	Flüssige Mittel	2.000
		Jahresfehlbetrag	- 500
Aufwendungen	Gewinn- und Verlustrechnung A AG 10		Erträge
sonstige betriebliche Aufwendungen	500	Jahresfehlbetrag	500

(2) Vollkostenbilanzierung:

Die Vollkostenbilanzierung bei entstandenen Herstellungskosten als Vollkosten von 2 Mill. € belastet die Gewinn- und Verlustrechnung der Herstellungsperiode mit allen Kostenanteilen.

Bei Aktivierung der unfertigen Anlage mit 2 Mill. € entstehen unter Berücksichtigung der noch anfallenden Aufwendungen von 8,9 Mill. € Gesamtkosten von 10,9 Mill. € Bei dem vereinbarten Festpreis von 10,5 Mill. € entsteht ein Verlust von 0,4 Mill. € Zur **verlustfreien Bewertung** sind die aktivierten Herstellungskosten von 2 Mill. € um den erwarteten Verlust auf 1,6 Mill. € abzuschreiben.

Bei Anwendung des **Gesamtkostenverfahrens** stellt sich im Jahresabschluss der A AG der Vorgang wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva		Bilanz A AG zum 31.12.10		Passiva	
unfertige Erzeugnisse (brutto 2.000)	1.600	Flüssige Mittel	2.000	Jahresfehlbetrag	- 400
Aufwendungen		GuV A AG 10		Erträge	
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.000	Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	2.000	Abschreibungen	400
	400	Jahresfehlbetrag	400		
	2.400		2.400		

Bei Anwendung des **Umsatzkostenverfahrens** sind lediglich die Abschreibungen aus der verlustfreien Bewertung unter dem Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ auszuweisen. Die entstandenen Aufwendungen sind, soweit sie werthaltig sind, in der Bilanz anzusetzen, soweit sie nicht werthaltig sind, als Aufwand in die Gewinn- und Verlustrechnung zu übernehmen. Im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.10 stellt sich der Vorgang wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva		Bilanz A AG zum 31.12.10		Passiva	
unfertige Erzeugnisse (brutto 2.000)	1.600	Flüssige Mittel	2.000	Verlust	- 400
Aufwendungen		GuV A AG 10		Erträge	
Abschreibungen	400	Verlust	400		

Zur Vornahme einer **Teilgewinnrealisierung** ist es erforderlich, die den in einer Periode entstandenen Herstellungskosten entsprechenden (fiktiven) **Umsatzerlöse** durch Schätzung zu bestimmen. Die Ermittlung der Umsatzerlöse erfolgt in Relation zur Fertigungsquote bzw. zur Kostenquote der Fertigung in der betrachteten Periode 10.

Im vorliegenden Fall errechnen sich die **Umsatzerlöse** wie folgt:

- **Fertigungsbezogene Ermittlung:** bei der Fertigungsquote im Jahr 10 von 20 % errechnen sich die Umsatzerlöse für das Jahr 10 mit Gesamtumsatzerlöse $\cdot$ Fertigungsquote = 10,5 Mill. € $\cdot$ 0,2 = 2,1 Mill. €
- **Kostenbezogene Ermittlung:** die Kostenquote ergibt sich aus Vollkosten im Jahr 10 von 2 Mill. € und den erwarteten Gesamtkosten von 10,9 Mill. € mit $2 \text{ Mill. €} / 10,9 \text{ Mill. €} = 18,35 \%$. Die Umsatzerlöse für das Jahr 10 errechnen sich mit $10,5 \text{ Mill. €} \cdot 0,1835 = 1,92675 \text{ Mill. €}$

(1) Teilgewinnrealisierung bei fertigungsbezogener Ermittlung der Umsatzerlöse

Bei Teilgewinnrealisierung unter Zugrundelegung der fertigungsbezogenen Ermittlung der Umsatzerlöse stellen sich bei den ermittelten Ergebnissen Aufwendungen und Erträge dar mit Herstellungskosten = 2 Mill. € und errechnete (geschätzte) Umsatzerlöse = 1,92675 Mill. €

Die Teilgewinnrealisierung bei fertigungsbezogener Ermittlung der Umsatzerlöse schlägt sich im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.10 bei Zugrundelegung des Umsatzkostenverfahrens unter Anwendung der Staffelform bei der GuV wie folgt nieder (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz A AG 31.12.10	Passiva
Forderungen aus Lief. und Leistg. 1.926.750	Flüssige Mittel	2.000.000
	Jahresfehlbetrag	- 73.250

GuV A AG 10 Umsatzkostenverfahren Erträge/Aufwd.

Umsatzerlöse	1.926.750
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen	2.000.000
Bruttoergebnis vom Umsatz	-73.250

(2) Teilgewinnrealisierung bei kostenbezogener Ermittlung der Umsatzerlöse

Bei Teilgewinnrealisierung unter Zugrundelegung der kostenbezogenen Ermittlung der Umsatzerlöse stellen sich bei den ermittelten Ergebnissen Aufwendungen und Erträge dar mit Herstellungskosten = 2 Mill. € und errechnete (geschätzte) Umsatzerlöse = 2,1 Mill. €

Die Teilgewinnrealisierung bei kostenbezogener Ermittlung der Umsatzerlöse schlägt sich im Jahresabschluss der A AG bei Zugrundelegung des Umsatzkostenverfahrens unter Anwendung der Staffelform wie folgt nieder (Beträge €):

Aktiva	Bilanz A AG 31.12.10	Passiva
Forderungen aus Lief. und Leistg. 2.100.000	Flüssige Mittel	2.000.000
	Jahresüberschuss	100.000

	GuV A AG 10 Umsatzkostenverfahren	Erträge/Aufwd.
Umsatzerlöse		2.100.000
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen		2.000.000
Bruttoergebnis vom Umsatz		100.000

Lösung zu Beispiel 20 Nr. 1: Unterpari-Ausgabe eines Darlehens

Der Zinssatz der bei Zugrundelegung des Ausgabebetrags von 1,6 Mill. € unter Berücksichtigung von Zinseszinsen in 3 Jahren zu dem Rückzahlungsbetrag von 2 Mill. € führt errechnet sich nach der Formel:

$1,6 \text{ Mill. €} \cdot x^3 = 2 \text{ Mill. €}$ oder $x^3 = 1,25 \text{ €}$ Bei Auflösung der Formel nach dem Exponenten 3 erhält man $x = 1,0772173$. Dies entspricht einem Zinssatz von 7,72173 %.

Man erhält **Zinsen der Darlehensforderung** für das:

Jahr 10 mit 123.548 €

Jahr 11 mit 133.088 € und

Jahr 12 mit 143.364.

Die als **Darlehensforderung** anzusetzenden Beträge sind für die Bilanzen zum:

31.12.10 der Betrag von 1.723.548 €

31.12.11 der Betrag von 1.856.636 € und

31.12.12 der Betrag von 2.000.000 €

Die **Rechenergebnisse** stellten sich im Jahresabschluss der A AG für das **Jahr 10** wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.10		Passiva
Darlehensforderung	1.723.548	Flüssige Mittel	1.600.000
		Jahresüberschuss	123.548

Aufwendungen	Gewinn- und Verlustrechnung A AG 10		Erträge
Jahresüberschuss	123.548	Zinserträge	123.548

Die **Rechenergebnisse** stellten sich im Jahresabschluss der A AG für das **Jahr 11** wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.11		Passiva
Darlehensforderung	1.856.636	Flüssige Mittel	1.600.000
		Gewinnvortrag (Zinserträge 10)	123.548
		Jahresüberschuss	133.088
Aufwendungen	Gewinn- und Verlustrechnung A AG 11		Erträge
Jahresüberschuss	133.088	Zinserträge	133.088

Die **Rechenergebnisse** stellten sich im Jahresabschluss der A AG für das **Jahr 12** wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.08		Passiva
Darlehensforderung	2.000.000	Flüssige Mittel	1.600.000
		Gewinnvortrag (Zinserträge 10)	256.636
		Jahresüberschuss	143.364
Aufwendungen	GuV A AG 08		Erträge
Jahresüberschuss	143.364	Zinserträge	143.364

Lösung zu Beispiel 20 Nr. 2: Unterprior-Ausgabe eines Darlehens

Es gilt der Grundsatz, dass Unterprior Darlehen entsprechend der bilanziellen Behandlung von Zero-Bonds nicht Brutto, sondern netto zu bewerten sind. Damit scheidet in der Bilanz der A AG ein Bruttoausweis der Darlehensforderung in Höhe des Rückzahlungsbetrags von 2 Mill. € mit gleichzeitiger Bildung einer passiven Rechnungsabgrenzung in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen Rückzahlungsbetrag von 2 Mill. € und Ausgabebetrag von 1,6 Mill. € d.h. in Höhe von 400 Tsd. €, die über den Zeitraum der Gewährung der Darlehensforderung aufgelöst wird, aus.

Die Darlehensforderung beträgt am 31.12.10 nicht 2 Mill. € sondern unter Berücksichtigung der im Jahr 10 aufgelaufenen Zinsen 1.723.548 €

Der **nicht zulässige Ansatz** stellt sich im Jahresabschluss der A AG für das **Jahr 10** wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.10		Passiva
Darlehensforderung	2.000.000	Flüssige Mittel	1.600.000
		Passive Rechnungsabgrenzung (Anfangsbestand 400.000)	276.452
		Jahresüberschuss	123.548

Aufwendungen	GuV A AG 10		Erträge
Jahresüberschuss	123.548	Zinserträge	123.548

Der Zurechnung der Zinserträge zu der Darlehensforderung in den oben dargestellten Bilanzen für die Jahre 10 und 12 der A AG könnte entgegengehalten werden, dass § 253 Abs. 1 HGB, nach dem die Vermögensgegenstände höchstens mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen sind, verletzt würde.

Dieses Argument ist abzulehnen. Tatsächlich sind in den Posten zwei Vermögensgegenstände zusammengefasst: die ursprüngliche Darlehensforderung aufgrund der Darlehenshingabe und die Zinserträge aus der Darlehensgewährung. Der Ansatz eines Vermögensgegenstandes über die Anschaffungskosten hinaus liegt daher nicht vor. Allerdings ist es zulässig, als Alternative zu der obigen Darstellung die ursprüngliche Darlehensforderung in Höhe von 1,6 Mill. € und die Zinsforderungen in jeweils einem gesonderten Bilanzposten auszuweisen.